

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ der Sozialistischen Partei  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., non auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamazeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3250

Nr. 3

Montag, den 5. Januar 1920

11. Jahrgang

## Aus einer Beheim-Konferenz der Gelben.

Der Deutsche Arbeiterbund, jene gelbe Organisation, die die „wirtschaftsfriedlichen, nationalen Arbeiter“ zusammenfaßt, hat vor kurzem in Leipzig unter Ausschluß der Öffentlichkeit einen „sächsischen Industrie- und Bergarbeiterkongress“ abgehalten. Der Charakter dieser merkwürdigen Arbeiterkonferenz ist dadurch gekennzeichnet, daß daran Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, der Handelskammer, der Gewerksammer und des Bürgerausschusses teilnahmen. Die Verhandlungen der Konferenz bewegten sich fast ausschließlich auf politischem Gebiete und atmeten ganz den Geist der vertretenen reaktionären Parteien. Der Geschäftsführer der Leipziger Verwaltungsstelle des Bundes, Kubitat, erklärte, der Bund müsse seine politische Neutralität aufgeben und sich entweder der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen Partei anschließen.

Weiblich geschimpft wurde vor allem über die Revolution und die revolutionären Parteien. Ein Herr Geißler aus Frankfurt a. M., der über das Programm der Industrie- und Bergarbeiterorganisation einen Vortrag hielt, hat entdeckt, daß in Deutschland nach der Revolution eine „gewisse Sozialisierung“ begonnen hat. Man habe die Arbeitszeit verkürzt, die Arbeitslohn abgesehrt, von den Unternehmern Lohnsteigerungen „erpreßt“ und die Betriebsdemokratie eingeführt. Alles sei getan worden, um die Produktion zu „hüben“, anstatt sie zu heben. Der Redner machte sich ganz die Methode der gegenrevolutionären Demagogen zu eigen und behauptete, durch das Vorgehen der revolutionären Arbeiterschaft sei das Wirtschaftsleben gestört und das Finanzland herbeigeführt worden. Dreißt stellte er die Tatsachen auf den Kopf und meinte, durch den Krieg würde keine derartige Schuldenlast entstanden sein, wie sie jetzt vorhanden sei. „Hirnverbrannt“ sei es gewesen, den 1. Mai zum Nationalfeiertag zu machen. Die Einführung des Achtstundentages hätte eine größere Einbuße gebracht als der verlorene Krieg. (1) Die jetzige Verküpfung der deutschen Arbeiter schied Herr Geißler der Sozialdemokratie zu. Diese habe „den deutschen Kapitalismus vernichtet“ (davon merkt man leider wenig, D. Red.) und dem Entente-Kapitalismus zur Herrschaft verholfen. Schließlich sang dieser „Arbeitervertreter“ wieder das bekannte Lied von der Harmonie der Interessen zwischen Kapitalisten und Arbeiter. Die Arbeiter sollen den Klassenkampf aufgeben und die Unternehmer sollen durch Gewinnbeteiligung, „Werksmittelbesitz“ und ähnliche Konzeptionen das Interesse der Arbeiter am Betriebe haben. Im übrigen hat sich der Herr das Ziel gesetzt, den „Geist der Arbeiterschaft umzuformen“ und die Arbeiterschaft zu einem „hohe deutschnationalen Empfindens“ zu machen.

In den gleichen Gedankengängen bewegte sich das Referat des zweiten Referenten Heß-Effen, der über das Thema sprach: War die bisherige deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Segen für die Arbeiterschaft? Auch er lehnte den Klassenkampf ab und rief gleichzeitig zum Kampf gegen die „wirtschaftsfeindlichen“ (lies modernen) Arbeiterorganisationen und zur Sammlung der Arbeiter und Angestellten für den kommenden Wahlkampf unter die Fahne der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei auf. Nach der Behauptung dieses Redners strömen jetzt „trotz des Terrors der Sozialdemokratie“ tausende Arbeiter den gelben Organisationen zu. Im gleichen Atemzuge gestand er aber zu, daß es nicht so leicht sei, die „50 Jahre von der Sozialdemokratie verheßten Arbeiter umzuwandeln“. Trotzdem glaubt er, daß es gelingen werde, die „Wahlmänner der Regierung“ ebenso zu durchkreuzen, wie das Mandat mit dem Untersuchungsausschuß. Den reaktionären Parteien riet Herr Heß, die nationalen Arbeiter nicht mehr als Querulanten (1) zu betrachten, sondern ihnen das Mitbestimmungsrecht in den nationalen Parteien zuzugestehen.

Gar beweglich klagte der Redner über den angeblichen „Terror“ der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften. Dabei machte er den kuriosen Vorschlag die Gerichte anzurufen, damit die Unternehmer zur Zahlung von Einbußen an die „Opfer des sozialistischen Terrors“ verurteilt würden. Von den Gerichten erwartet er anscheinend überhaupt sehr viel. Er begründet es, daß schon jetzt Verurteilungen von „Heißspornen“ erfolgt sind. „In Halle“ — sagte er — „ist es zum Generalkrieg gekommen, weil ein deutsches Gericht den Mut besessen hat, für ein Vergehen, wodurch Menschenleben vernichtet wurden, eine Strafe auszusprechen“. Im übrigen empfahl der Herr den nationalen Arbeitern, „höchste terroristische Mittel gegenüber den sozialistischen Agitatoren anzuwenden“. Er ist also sicher der geeignetste Mann, sich über den angeblichen Terror der anderen zu erlauben.

Biel Kopferbrechen bereitet den gelben Herrschaften die Beschaffung der erforderlichen Mittel. Das starke Anwachsen der freien Gewerkschaften ist ein ungesunder Zustand. Deshalb muß der Kampf gegen die Gewerkschaften mit aller Schärfe geführt werden. Aber dazu gebürd Kräfte und vor allem Geld. Daran fehlt es. Zur Bekämpfung der Mittel dürfe man „nicht bloß geradeaus“, sondern „auch herumgehen“. Der Sinn dieser Worte ist etwas dünn, aber die Zuhörer werden ebenso wie die Öffentlichkeit vor der man sich sicher wähnte verstanden haben, aus welchen schmutzigen Quellen geschöpft werden soll. Man hat ja ge-

rade in dieser Zusammenkunft alles getan, um sich bei dem Unternehmertum in empfehlende Erinnerung zu bringen. Trotz aller Kriegs- und Revolutionsstimmen sind die Gelben die Alten geblieben — Schutztruppen des Unternehmertums und Verräter an der Arbeiterschaft.

Zur Charakteristik dieser Gesellschaft seien noch die folgenden Sätze aus der beschlossenen Resolution wiedergegeben:

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben in verhängnisvoller Weise großen Arbeitermassen die falsche internationale und produktionsfeindliche (1) Richtung gegeben, die die heutige Ausbeutung des deutschen Volkes durch den feindlichen Großkapitalismus, den unnötigen Rückgang der deutschen Produktion nach der Revolution, sowie das Sinken unserer Wäuta und das unerhörte Steigen der Lebensmittelpreise verschuldet hat. Die Versammlung hält es für dringend nötig, daß die Richtlinien der nationalen Arbeiterbewegung, die nunmehr auch von den in der Regierung befindlichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern anerkannt und vertreten werden müssen, Allgemeingut der Arbeiterschaft werden und daß das Ziel der Arbeiterschaft in Zukunft die Förderung der deutschen Produktion und die Wiederbefreiung des deutschen Volkes von fremdländischer (1) Lohnsklaverei sein muß.

## Trotsky erschossen?

Kopenhagen, 3. Jan. (W. B.) Laut Blättermeldung ist in Helsingfors eine noch unbefestigte Meldung eingegangen, wonach Trotsky aus Anlaß des Rückzuges der Bolschewisten an die Narwafront gerettet sei, um ein Strafgericht abzuhalten. Auf der Station Woloskowsko setzte er den Soldatenrat als Standsgericht ein und richtete gegen General Borissow 10 heftige Beschuldigungen, daß Borissow in großer Erregung seinen Degen zog. Trotsky forderte die sofortige Erschießung des Generals. Als der Adjutant Borissows dieses hörte, zog er seinen Revolver und tötete Trotsky durch drei Schüsse.

Zu den Gerüchten von der Ermordung Trotskys werden folgende Einzelheiten gemeldet: Die bolschewistischen Truppen zogen sich plötzlich an der Narwa-Front um mehrere Kilometer zurück unter Zurücklassung der gesamten Artillerie. Da kein zwingender militärischer Grund für den Rückzug vorlag, müssen innere Unruhen für diese Frontveränderung maßgebend gewesen sein. Man erhält für diese innere Ursache eine Bestätigung durch die Massendemonstrationen roter Soldaten. Beim Eintreffen Trotskys an diesem Frontabschnitt kam es dann zu dem Auftritt, in dessen Verlauf Trotsky erschossen wurde.

Wie schon die oben wiedergegebene Meldung sagt, handelt es sich um ein bisher noch unbefestigtes Gerücht. Sollte es sich bestätigen, so würde Sowjetrußland seinen militärischen Organfaktor verlieren.

## Die bolschewistischen Erfolge in Zentralasien.

Amsterdam, 4. Jan. Die Bolschewisten melden den Einzug der roten Truppen in Buchara. Der Zug der bolschewistischen Streitkräfte aus Zentralrußland nach der Gegend von Mewo hält an. „Times“ melden aus Teheran, daß fast die gesamte tartarische Republik bolschewistisch gesinnt ist. „Daily News“ schreiben in einem „Asien bolschewistisch“ überschriebenen Leitartikel: Die Herrschaft der Bolschewisten über den weitaus größten Teil des europäischen Rußlands und ganz Westsibirien sei jetzt unbestreitbar.

## Die Eisenbahner- und Beamtenbewegung.

Berlin, 5. Jan. In der Frankfurter Eisenbahnerbewegung trat eine Verschärfung ein. Auf die Meldung der Frankfurter Eisenbahndirektion an den Reichsarbeitsminister über stetig wachsende Betriebsstörungen lief die Anweisung ein, daß die Direktion die Arbeiter auffordere, ihre angesichts der Sachlage völlig ungeduldige passive Resistenz spätestens bis heute, den 5. Jan., aufzugeben. Für den Fall der Erfolglosigkeit dieser Aufforderung schreibt der Minister die Schließung der Hauptwerkstätten wegen Unwirtschaftlichkeit und die Entlassung sämtlicher Arbeiter vor.

In Sena wurde in einer Eisenbahnerkonferenz beschlossen, bei Nichterfüllung der Lohnforderungen sofort in den Streik zu treten. Es bestche, so wird berichtet, die Gefahr, daß von heute ab in dem Thüringer Eisenbahnbezirk der Eisenbahnverkehr vollständig ruhe.

## Protestversammlungen der Beamten.

In Dresden erhob die Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes Protest gegen die Absicht der Regierung, die laufende Leuerungszulage nur um 50 Prozent zu erhöhen. In Hamburg erhoben gestern über 10 000 Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten Einspruch gegen die geringe ihnen zugebachte Leuerungszulage.

## Einberufung der preussischen Landesversammlung.

Wegen der Verhältnisse auf der Eisenbahn und der Eisenbahnerbewegung haben die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Rosenfeld im Auftrage der unabhängigen die so-

fortige Einberufung der Preussischen Landesversammlung beantragt.

## Kommunistenverfolgung in Amerika.

Newyork, 3. Jan. (Reuter.) Am 2. Januar sind in den Vereinigten Staaten 4500 Radikale verhaftet worden. Viele von ihnen sind Ausländer, besonders Russen. Es wurden Massen von kommunistischen Werkschriften beschlagnahmt. Ueber die Hälfte der Verhafteten wird vermutlich des Landes verwiesen werden.

Paris, 4. Jan. Haas meldet aus Washington: Die Redakteure aller kommunistischen Zeitungen wurden verhaftet und es wurden tonnenweise revolutionäre Schriften beschlagnahmt. Die Behörden erklären, daß sie ein verborgenes Lager von Explosivstoffen entdeckten. Ähnliche Explosivstoffe wurden im Laufe des letzten Sommers hervorragenden Persönlichkeiten durch die Post zugesandt. Man versichert, Beweise zu haben, daß die Kommunisten, bei deren Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, den Sturz der Regierung durch einen Gewaltstreik herbeiführen wollten. Die Polizei wird die Publikationen beschlagnahmen und nachforschen, ob sich unter den verdächtigen Elementen Leute aus Rußland befinden.

Paris, 3. Jan. Ueber die Polizeimaßnahmen gegen die revolutionären Agitatoren meldet „Lemps“ aus Newyork: daß umfangreiche Verhaftungen in 33 Städten der Vereinigten Staaten ausgeführt worden seien. Mehr als 5000 Haftbefehle seien erlassen worden. Innerhalb weniger Stunden habe man in Newyork allein 500 Extremisten verhaftet. Ueberall werden die Hausdurchsuchungen fortgesetzt.

Bei dem Vorgehen gegen die Kommunisten will man weniger diese, als gerade die erwachende sozialistische Arbeiterbewegung treffen. Der Bericht über Funde von Explosivstoffen mutet nicht gerade sehr glaubhaft an.

## Mieterdemonstration in Berlin.

Berlin, 4. Jan. (W. B.) Nachdem das Wohlfahrtsministerium am 9. Dezember Höchstmieten festgesetzt hatte, und die Hausbesitzer in einer Versammlung in der Börse am 2. Januar dagegen scharfen Protest erhoben hatten, versammelten sich heute auf Einladung des Mieterverbandes Groß-Berlins etwa 10 000 Personen im Lustgarten zu einer Kundgebung gegen die Hausbesitzer. Zahlreiche Plakate wurden den geschlossenen anrückenden einzelnen Zügen vorangetragen, u. a. mit folgenden Aufschriften: „Für Sozialisierung von Grund und Boden!“, „Für Sozialisierung des Wohnungswesens!“, „Gegen den Wohnungswucher!“, „Nieder mit dem Kapitalismus!“, „Wir fordern das Mitbestimmungsrecht in den Häusern!“ Von der Freitreppe des Neuen Museums und vor dem Saal hielten acht Redner Ansprachen an die Menge, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Es wurde eine Entschloßung einstimmig angenommen, in der eine energische Durchführung des neuen Wohnungsgesetzes, besonders bezüglich Begrenzung der Mietsteigerung verlangt wird. Ferner wird gefordert, daß der Reparaturzwang durchgehend und sowie ein Gesetz, das die Tilgung der Mietrückstände der Mieternehmer regelt. Mit Abscheu wandten sich die Mieter gegen jeden Vermieter, der in diesen schweren Zeiten den Hausbesitz an das Ausland ausleiere. Dann ordneten sich die Versammelten zu einem großen Zuge, der nach dem Rathaus, dem Kanzlerpalast und dem Wirtschaftsausschuss räum bewegte.

## Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 4. Jan. Wie „Lemps“ mitteilt, wird der Fünfertrat morgen u. a. auch die Abmachungen betreffend des von Deutschland zu liefernden Hafenmaterials behandeln. Minister Douceur und Generalsekretär Dutasta hätten gestern nachmittag in Freiherrn v. Versners Wohnung mit diesem darüber verhandelt und die letzten Schwierigkeiten so gut wie beseitigt zu sein. Man glaube, daß das Inkrafttreten des Handelsvertrages sich möglicherweise zum 3. Januar, auf den 3. Januar, verlagern werde.

## Frankreichs neuer Ministerpräsident.

Bern, 3. Jan. Wie Genfer Blätter erfahren, ist die Kandidatur Millerands als Nachfolger Clemenceaus gesichert. Millerand wird das Ministerium des Auswärtigen übernehmen. Douceur und Fardieu in seinem Kabinett behalten. Man spricht von Raoul Perret als Finanzminister. Außerdem wird für Poincare ein Sitz freigelassen werden. Man nimmt an, daß das Ministerium Millerand lediglich Übergangsministerium sein und einem späteren Ministerium Poincare Platz machen werde.

Millerand war ursprünglich Sozialdemokrat. Er trat als solcher schon vor 15 Jahren in ein bürgerliches Ministerium ein. Dieser Schritt Millerands hat damals in der internationalen Arbeiterbewegung große Diskussionen herbeigeführt. Seine ehemalige sozialistische Gesinnung hat er längst verleugnet und steht heute ganz im bürgerlichen Lager.



# Lokales.

## Streik der Geschäfts-, Last- und Speditionskutcher in Danzig, Langfuhr u. Neufuhrwasser.

Die obengenannten Kutcher sind mit dem heutigen Tage wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Streik getreten.

Wir eruchen die Danziger Arbeiterschaft, den Streikenden weitgehendste Solidarität entgegen zu bringen, vor allen Dingen keine Arbeit in den betroffenen Betrieben anzunehmen.

Die Kutcher derjenigen Firmen, die die tatsächlichen Bedingungen anerkannt haben, sind mit gelben Legitimationskarten ausgerüstet.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

### Vertrauensmänner der U. S. P.

Dienstag, den 6. Januar, abends 6 Uhr: Große Vertrauensmännerziehung auf Neugarten. Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag am 11. Januar und Aufstellung der Kandidaten.

Die Mitgliederversammlung der U. S. P. wird Mittwoch oder Donnerstag stattfinden.

### Der Kampf um den Präsidentensessel.

Die erste Stadtverordnetenversammlung wirft ihre Schatten voraus, denn schon ist der Streit um das Präsidium entstanden. Die Sozialistische Partei wird als stärkste Partei den ersten Vorsteherposten beanspruchen und nach parlamentarischen Regeln müßte ihr dieser ohne weiteres auch von den Bürgerlichen zugesprochen werden. Das Danziger Bürgertum scheint aber die Gewaltpolitik noch weiter gegen die Arbeiterschaft fortzuführen zu wollen, denn es versucht, der Sozialistischen Partei den ersten Vorsteherposten streitig zu machen. In der in Danzig erscheinenden Zeitschrift „Die Brücke“, beschäftigt sich der Führer der Danziger Demokraten und frühere Chefredakteur der „Danziger Zeitung“, Dr. Balduin Herrmann, mit der neuen Danziger Stadtverordnetenversammlung und kommt dann am Ende seines Artikels zu folgenden Auslassungen:

„Die Sozialisten werden allerdings unentwegt den Anspruch auf den ersten Präsidenten erheben. Die anderen Parteien werden ihn, wir zweifeln nicht daran, ablehnen, wobei uns allerdings bezüglich des Verhaltens der Polen jegliche Vermutung fehlt. Über deren Stellung ist nicht ausschlaggebend, da sie mit den Sozialisten zusammen nur 25 gegen 41 ausmachen. Man wird also damit rechnen können, daß es zur Wahl eines bürgerlichen ersten Vorsitzenden kommt, dann allerdings wohl auch damit, daß man den Sozialisten, wenn sie eine irgend annehmbare Persönlichkeit präsentieren, den zweiten Platz einräumt, mit dem sie sich eben begnügen müssen. Sie aus dem Präsidium ganz ausschalten zu wollen, wäre natürlich verkehrt und würde ihnen gerechten Grund zur Beschwerde geben. Das könnte leicht Sand in die Räder der Maschine bringen, die in richtigen Gang zu setzen das Interesse aller Parteien, der ganzen Stadt dringend erfordert.“

Das es ausgerechnet Herr Dr. Herrmann ist, der zu solcher Vergewaltigung auffordert, nimmt uns nicht wunder, denn seine Tätigkeit in der „Danz. Ztg.“ hat uns schon bewiesen, daß von seiner „Demokratie“ nicht mehr viel übrig geblieben ist. Der Ruf der Deutschnationalen nach einem bürgerlichen Bloß gegen die Sozialdemokratie scheint bei Herrn Dr. Herrmann ein williges Gehör gefunden zu haben. Falsch ist aber die Auffassung, daß sämtliche bürgerlichen Parteien diese Politik, die mit allen parlamentarischen Regeln bricht, mitmachen werden. Wir glauben es kaum, denn es könnte dieses die Sozialistische Partei zu Maßnahmen zwingen, die den bürgerlichen Parteien nicht angenehm sein könnten. Auf den angebotenen zweiten Vorsteherposten wird die Fraktion sicherlich Verzicht leisten. Wir warnen die bürgerlichen Parteien, den Bogen allzu straff zu spannen, er könnte sonst leicht zerpringen. — Die Sozialistische Partei wird den Genossen R a g r o h t i als ersten Vorsteher in Vorschlag bringen.

### Das unzureichende Beamtenehalt.

In den beiden Sälen des Gewerbehause fand gestern mittag eine sehr stark besuchte Versammlung der Danziger Beamten statt.

die von der Arbeiterschaft der Beamten- und Lehrervereine einberufen war. Es handelte sich um eine Stellungnahme zu den Feuerungszulagen der Beamten. Im unteren Saale wurde die Versammlung von Herrn Pich geleitet, während Vizepräsident Grünau den Vortrag hielt. Die Leitung im oberen Saale hatte Direktor Jasse übernommen, den Vortrag Oberlehrerdirektor Schmiljan. Der Inhalt der Vorträge war im wesentlichen vorher festgelegt und gleich. In beiden Versammlungen wurde eine vom Vorstande beschlossene Gutachten angenommen. Im unteren Saale wurde angedeutet, daß die Preissteigerung der Vier- bis Zehnfache betrage, die bisherige Feuerungszulage aber im Durchschnitt noch nicht 50 Prozent des Gehalts. Die Beschäftigungszulage habe man zur Beschaffung der verteuerten Lebensmittel gebraucht. An die Beschaffung von Kleidungsstücken war nicht zu denken, da ein Anzug allein 2000 Mark koste (!). Die ganze Beamtenschaft stände vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Der deutsche Beamtenebund habe von der Reichsregierung eine Erhöhung der Feuerungszulage, nicht des Gehalts, um 300 Prozent erbeten. Man habe sich aber auf 150 Mark geeinigt. Nun solle die Erhöhung aber nur 50 Prozent betragen. Das sei nicht annähernd ausreichend, und es müsse dagegen Stellung genommen werden. Die Beamten hätten nach der Umwälzung den Behördenbetrieb aufrecht erhalten. Die alte Regierung habe die Beamten in der Auflage belassen, um sie am Gängelbande zu haben. Die neue Regierung solle aber nicht so handeln. Man gönne den Arbeitern einen hohen Lohn, aber auch die Beamten müßten ihre Stellung aufrecht erhalten können. Andere Schichten häuften Gewinn auf Gewinn und wollten keine Steuern zahlen. Die Beamten stellten eine Masse von 9 Millionen Menschen dar.

In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß selbst eine ausreichende Feuerungszulage unzureichend bliebe und keine Beruhigung in Gehaltsfragen bringen könne, wenn die Regierung sich nicht endlich dazu aufschwingen wolle, gegen die Preissteigerer und Wucherer mit harten Mitteln einzuschreiten. In Polen habe die polnische Regierung einen Schiebermillionär erschossen lassen. In Griechenland blühe der Preiswucher, so lange dort eine deutsche Besatzung war. Als die Engländer kamen, führten sie sofort Höchstpreise ein und ließen dann 20 Wucherer erschießen. Der Wucher war dann sofort verschwunden. In Danzig wurde für einen Meter Stoff 430 Mark verlangt. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die gesamte Danziger Beamten- und Lehrerschaft erhebt schärfsten Protest gegen den Beschluß der Regierung, die laufende Feuerungszulage um nur 50 vom Hundert zu erhöhen. Sie ist lebhaft enttäuscht darüber, daß die Regierung bei Festlegung der Höhe der Zulagen von der zugesicherten Mitwirkung des deutschen Beamtenebundes abgesehen hat. Die Beamtenschaft fordert als Mindestmaß eine 150 prozentige Erhöhung der laufenden Feuerungs- und Rindenzulage und eruchtet den deutschen Beamtenebund, diese Forderung bei der Regierung auf das schärfste zu vertreten.“

In der oberen Versammlung stellte man die gleichen Forderungen auch für die Pensionäre und deren Hinterbliebenen. — Die Entschliessung soll dem deutschen Beamtenebund von dem Ortskartell Danzig des deutschen Beamtenebundes übermittelt werden.

### Wie der gepriesene freie Handel ausfieht.

Die Fischversorgung von Danzig ist völlig unzureichend. Die Verbraucher kammer hat sich mit einer Eingabe an den Magistrat gewandt und gebeten, für eine sofortige Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung der Fische, für Höchstpreise und ein Ausfuhrverbot für einen größeren Bezirk einzutreten. Der freie Handel habe nicht mehr und billiger Fische gebracht, wie die Fischer und Händler versprochen, sondern das gerade Gegenteil ist eingetreten. In vielen Haushaltungen seien Fische jetzt nicht mehr zu finden.

Der Magistrat hat nun mitgeteilt, daß er das Schreiben dem Herrn Regierungspräsidenten weitergegeben habe. Er schreibt u. a. folgendes:

„Nachdem der Handel mit Fischen seinerzeit freigegeben worden ist, sind uns als Verwaltungsbehörde der Stadt Danzig die Hände fast vollkommen gebunden. Die Fischfänge finden außerhalb unseres Stadtgebietes statt, so daß wir irgendein Machtmittel nicht anwenden können. Wir haben infolgedessen durch Verhandlungen mit den Fischhändlern und Räuchereibesitzern von Danzig und Umgebung versucht, die Verhältnisse in der Fischversorgung etwas zu bessern. Hierdurch konnte bisher lediglich erreicht werden, daß der Fischerpreis für Breitsänge zunächst von 200 Mark auf 150 Mark für den Zentner herabgesetzt wurde. Der weitere Erfolg davon war allerdings zunächst auch, daß die Fischer infolge dieser Maßnahme für einige Tage in den Streik traten und nicht fischten. Zu

Jagd nach Deutungen geht, wird gepoppt auf Schritt und Tritt, denn es geben sich hier gar zu viele aus der Literatur ein Stelldichein: Ette Lenzing und Christine Enghaus, Gebbels Frauen gehen am stärksten um. Frau Sofina und des großen Richard kleiner Sohn tauchen momenthaft auf, und auch die Nichte-Schwester schwebt in das Geschehen. Doch nirgend in Haltbarkeit. Ein Ragout, aber durchaus „fin“. Und kein Drama.

Direktor Schnaper, der uns das Stück besuchte, war Spielordner. Es bietet kaum Selbsteinsicht, besondere Regiekünste zu zeigen. Es lief dann auch alles ordnungsgemäß ab. Auf dem Theaterzettel war als einer der letzten Georg Harzer als Diener Johann vermerkt; auf der Bühne war er der erste. Nicht nur, daß er wie ein Bild von Leib wirkte, auch mit dem Worten, daß er zu sagen hatte (etwa wie er die Worte sprach: „Aber, Herr Friedrich, sagen Sie nichts!“) wunderbar, ganz wunderbar! Ein Mensch! Die beste Figur des Stückes, wie gesagt, bis zu dem Augenblick, wo sie vergeht ist, bleibt die Leonore. Wally Stokberg fehlte, obwohl ihr ernsthaftes Bemühen nicht verkannt werden darf, der rechte Ton für diese aufrechte, tragi- sche Frau mit dem Mut zur Buge. Konventionelle Akzente der Salobone reichen hier nicht aus, und ein Innenwahrer wie er die Seele dieses Weibes durchwühlt, tut sich nicht mit ein paar Eigenschaften ab, die fast an die Grenze des Komens liegen. Größe, kalte Größe ist hier nötig. Jenny von Weber (Maria Follenhoff), gleich in der ersten Szene zu sichtbar, dies am Schluß so arg die Dürch- Pfeiffe, daß der letzte Gedanke an Gebbels große Ette völlig weg- geweht wird. Nur in der einen Szene des zweiten Aktes, da sie den Hürten abseht, war sie auf der richtigen Bahn. Das Ver- stehen und Verzeihen dieses Menschen wächst aus diesen Augen- blick, und Hunger im Herzeleid eines Lebens machen aus einer diese Schläge keine sentimentale Hospitalität mit Rowendel- dust. Anton Reuhals als Friedrich Marins hand trotz mancher guten Sätze mit seiner Rolle nach schwer auf dem Kriegsspiel, indes sich die Souffleuse (von Souffler, hauchen, flüstern) herzer schrie. Egon Heim als Archivar des Hauses Brand blieb seiner Rolle zwar nicht schuldig, doch sie aber auch kaum über ein gewisses solides Danzigermaß hinaus. W. O.

olner Besprechung, zu der wir die Gefahr Fischer eingeladen hatten, sind diese nicht erschienen.

Wir haben weiterhin bereits vor einiger Zeit bei Herrn Staatskommissar für Fischversorgung und bei dem Herrn Reichs- langler beantragt, den hiesigen Regierungspräsidenten zu ermäch- tigen, ein Ausfuhrverbot zu erlassen. Wir haben uns auch ferner an den Herrn Regierungspräsidenten selbst mit der Bitte gewandt, ein Ausfuhrverbot vorläufig ohne Genehmigung von Berlin aus zu erlassen und nachträglich die Genehmigung eingeholen. Der Herr Regierungspräsident hat aber geäußert, aus verschiedenen Gründen diesem Antrage nicht stattgeben zu können. Wir stellen anheim, sich auch selbst direkt an den Herrn Regierungspräsidenten zu wenden. Jedenfalls sind Maßnahmen nur möglich, wenn sie mindestens für den Regierungsbezirk getroffen werden, während Maßnahmen von unserer Verwaltung, da unser Machtbereich sich lediglich auf den Stadtkreis Danzig erstreckt, ohne jegliche Be- deutung sind.

Die „verschiedenen Gründe“ des Herrn Regierungspräsidenten sind der interessanteste, aber auch der dunkelste Punkt in dem An- wortenscheitern des Magistrats. Was Parteiinteressen für sein Tun und Handeln an entscheidender Amisstelle herrschen läßt (und etwas anderes als die Freundschaft des Deutschnationalen zu seinen kapitalistischen Freunden sind die „verschiedenen Gründe“ nicht), ist überreiß, in der Verfertigung zu verschwinden. Arbeiter, fordert ganz entschieden von unserem Parteigenossen, dem Minister keine, daß der Volksschädling, Hoerster endlich gegangen wird!

Unsere Stellung zu dem Freihandel mit Fischen ist unabänder- lich dieselbe. Wir lehnen ihn ab, so lange nicht die Gemüßheit vor- handen ist, daß jeder aus dem Boite reichlich und zu angemessenen Preisen sich mit mit Fischen versehen kann. Um, da man die heillose Wirkung des freien Handels an eigenen Leib spürt, kom- men auch solche Kreise zur Verunft, die sonst mit ihm totifizieren. Wer eine zielbewußte und sichere Politik anstrebt, die allen zum Gute gereicht, wird sich die kleine Episode für die kommenden Frei- stadtwahlen zu merken haben.

Weitere Verhandlungen Danzig-Polen. Kaufmann Jeme- lowski und der Direktor der Waggonfabrik Danzig, Pertus, sind am 3. d. Mts. nach Warschau gereist, um an Besprechungen über Regelung der Ein- und Ausfuhr und der damit zusammen- hängenden wirtschaftlichen Fragen teilzunehmen.

Die sozialistische Stadtverordnetensraktion hat sich in einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung konstituiert. Sie wählte zu ihren Vorstehern die Genossen Rahn und Grünhagen, zum Schriftführer den Genossen Kunze. — An dem Festessen, das im Anschluß an die erste Stadtver- ordnetensitzung am nächsten Freitag stattfinden soll, wird sich die Fraktion nicht beteiligen. — Das Bureau der Fraktion befindet sich beim Genossen Rahn, Langfuhr, Brunshöfer Weg 14.

Zum stellv. Bezirksvorsteher für den 33. Stadtbezirk ist an Stelle des Herrn Wichhold, Herr Gärtnerbesitzer Oskar Dietrich, wohnhaft Neufuhrwasser, Bergstraße 13, bestellt worden.

Ausgabe von Markenbogen zu den Nahrungshauptkarten. Wie der Magistrat in heutiger Nummer unserer Zeitung be- kanntmacht, erfolgt von Mittwoch, den 7. Januar ab die Neuausgabe von Markenbogen für die Nahrungshauptkarten. Zunächst sind die aus der Bekanntmachung ersichtlichen Straßen aufgerufen, die am Mittwoch in den zuständigen Zweigstellen oder neu eingerichteten Hilfsausgabestellen ab- gefertigt werden. Die Ausgabestellen sind innenzuhalten. Die übrigen Straßen werden noch aufgerufen.

## Aus den Ostprovinzen.

### 700 000 Mark in Insterburg gestohlen.

Gestern wurde aus der Insterburg der deutschen Region in Insterburg 700 000 Mark für bar gestohlen. Die Täter sind geflüchtet. Auf die Wiedererlangung des Geldes ist eine Be- lohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Verantwortlich für Reichs- und auswärtige Politik sowie Generalkonkurrenz Ernst Loops für Freistadt, Kommunal- Wirtschafts- und Sozialpolitik Bruno Gebauer für den unpolitischen Tagesakt und die Unterhaltungsabteilung Kurt Lehmann, für die Insterburg Bruns, Wewer, Wüstlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. B. & Co., Danzig.

## Theater und Konzerte.

### Stadttheater.

Stephan Zweig: „Regende eines Lebens“.

Auch sein jüngerer Landsmann Wildgans, der Syril nicht wie Stephan Zweig mit dem Silberstift, sondern mit eichernem Griffel schreibt, ist über das Drama gestolpert. Wer aber auch nur etwas Ahnung vom Wesen der Syril hat, der wird den jubelnden Wiener Zweig, den Dichter der „Silbernen Saiten“ und „Frühen Kränze“ und Longenatien Berdeutscher Paul Verlaines auf dem Gebiet des Dramas als eine Undenkbare bezeichnen. In seiner „Geburt der Tragödie“ sagt Nietzsche, daß die griechische Dichtung die nachkommende Efulguration (Aussichten, Aufblitzen) der Kunst in Silber und Begriffen sei. Nun ist aber Stephan Zweig ein so ausgesprochener Christ, ein so abgeklärter Wortmusiker, daß dieser Satz Nietz- sches auf ihn in seiner uneingeschränkten Wortlichkeit Anwendung findet. Es liegt im Wesen seiner Kunst, daß er ebensoviele wie beispielsweise Kowalski Fähigkeiten zum Drama birgt. Darüber kann auch der erste Akt nicht hinwegtäuschen, der Struktur hat, auch wenn er flüchtig das ganze Stück auspumpt, das sich als Ent- schuldigung für das Nichtgeschick der drei Akte „Rammerspiel“ nennt. Denn es geschieht tatsächlich nichts, und erst gegen das Ende des letzten Aktes, da sich die beiden Frauen gegenübersehen, die eine in Kammer und Not gestülpt, innerlich reif und äußerlich weh und alt gewordene, und die andere, die starke (bis zum Mo- ment ihrer psychologischen Entroffnung durch den Dichter), die Tempelstülperte. Beide ein Drama wachsen. Aber im zweiten Akt wird viel geredet und im dritten noch mehr und ganz zum Schluß geschwiegt. „Alte Damen“, man lächelt nachsichtig.

Wiles hat Stephan Zweig aber sehr fein gesagt, daß man ihm gern lauscht. Doch dafür ist er halt der Kam. der er ist, ein Mann feinsten Finger, der Dichter, der den „Dankens Falter“ und „Brägg“ schrieb. Dessen jorische Innerlichkeit so von Kunst und musikalischen Stimmungszügen durchzogen sind, das man davon bezaubert wird.

Das in dieser „Regende eines Lebens“ besetzt, interessiert nur die, die die Dichtung nicht nur als Kunst, sondern als Leben sehen.

### Klavierabend Wilhelm Bachhaus.

Als ich Wilhelm Bachhaus gestern abend wiedersehen stand mit der Frühe des eben Erlebten jener Abend in Front- reich vor meiner Seele. — Der Armierungssoldat Bachhaus spielte im ehemaligen Emdentheater in Laon ein hübsches, für breite Massen zurechtgemachtes Programm. Wäde und ver- dreht kamen wir dorthin, aus der Feuerstellung des Kri- gers. Und Bachhaus spielte auf einem französischen Flügel, der ziemlich pörrte. Doch wie er spielte! Für zwei knappe Stunden wußte man wieder, daß man eben ein Mensch gewesen sei. Dann habe ich ihn in Berlin gehört und später in Frankfurt vor gar nicht langer Zeit, ungleich schlechter, nachterner, äußerlicher.

Gestern abend war der große Künstler wieder glänzend disponiert und spielte sein mächtiges Programm vor dem überfüllten, für solche intimen Abende, aber sehr geeigneten, stimmungsvollen Saale der Loge Einigkeit. Er bot zuerst die Mondscheinsonate, noch etwas trocken und recht wül- lürlich. Dann folgte Mozarts A-Dur-Sonate, die dafür so schön, so grandios, und mit einer letzten, wunder- baren Klarheit und musikalischen Anstellung, die Bachhaus an den die berühmten und großen Pianisten und in der Loge Regers über ein Thema von Bach. Obwohl sie keinen wegs an die wunderbaren Füller-Variationen heranziehen, sind diese über ein Thema von Bach doch von einem glänzen- den Bau, und ihr Meister zeigt sich auch darin wieder als der unumgängliche Wächter über den Kontrapunkt. Seine Phantasie ist von einer ganz phänomenalen Leistungsfähigkeit und Mannigfaltigkeit, so daß man nach Anhören eines solcher Wertes zu dem Ergebnis kommt, daß Regers auf diesem Ge- biet tatsächlich Bruns übertrifft hat, wenn schon bei die- sem die größere Symmetrie und melodische Ausgestaltung der Variation angenehm ins Ohr fällt. Wilhelm Bachhaus hat seiner fühligen, männlichen Kunst und ihrer starken Reigung zur Reflexion wegen solche Stücke wie die Regerschen Vari- anten besonders lieb und der Eindruck seines Vortrags war stark und nachhaltig. Für die Freunde technischer Virtuosität spielte er für hier dann zum Schluß noch die Chopin- sche Polka und die Appassionata und immer wieder die Beethoven- sonate für Klavier und Orchester.

